

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich, Sonntags und Montags nur ausnahmsweise. Der Abonnementspreis beträgt bei direkter Bestellung ins Haus für Ost- und Westpreußen 3,50 M., für den übrigen Reichsgebiet 4,00 M., für das Ausland 5,00 M. (Postzuschlag). Einzelhefte 10 Pfg. (Postzuschlag 2 Pfg.).

Die abdruckfähigen Korrespondenzen über den Krieg kosten 5.- M., einschließlich Fernschreibungsgebühren. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt 1.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Leertextgebühren. Laufende Anzeigen (mit Tarif, Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen) 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeigen in Westpreußen: das fertige Blatt 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernschreiber: Berlin 2030, 2045, 4518 4603, 4635, 4649, 4921.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vor Riga

Neue Schwierigkeiten im polnisch-russischen Konflikt

Paris, 9. September.

Wie „Le Temps“ sich telegraphisch aus London melden läßt, hat sich die Sowjetregierung entschlossen, zu der neuen Friedenskonferenz nach Riga keine Delegationen zu schicken. Nach der Umgebung der Regierung in Warschau hofft man, daß die bei Kamenew eingegangenen Nachrichten belegen, daß die Sowjetregierung darüber, daß die lettische Regierung nicht auch dem Hilfspersonal der russischen Delegation Immunität gewährt hat. In London kennt man noch nicht die genauen Gründe der neuen Schwierigkeiten. Es heißt, daß die lettische Regierung gewissen Propagandagenten und anderen unerwünschten Leuten, die die Sowjetregierung ihrer Delegation beigegeben hat, mißtraut.

Die polnische Friedensgrundlage

London, 9. September.

Nach einer „Times“-meldung aus Warschau begibt sich die polnische Friedensdelegation morgen nach Riga. In der Umgebung der Regierung in Warschau hofft man, daß die Verhandlungen ein zufriedenstellendes Ergebnis haben werden, und daß die Verhandlungen nicht lange dauern werden, da die Parteien über die hauptsächlichsten Grundlagen schon einig seien. Diese Grundlagen seien: 1. Keine Einmischung einer der beiden Mächte in die inneren Angelegenheiten des anderen, 2. Proklamierung der Unabhängigkeit der Ukraine.

Polens selbstbewußte Haltung.

L. u. Warschau, 10. September.

In einer Unterredung mit dem Vertreter des „Cast Service“ erklärte Präsident Pilsudski, daß Polen zu den Friedensverhandlungen in Riga keineswegs als Mittelschlichter zu erscheinen beabsichtigt habe, daß sich seine militärische und politische Lage vielmehr dank der mehr als moralischen Intervention der Entente derartig gestellt habe, daß die polnische Regierung heute der Sowjetregierung als gleichberechtigter Faktor entgegenzutreten könne. Pilsudski erklärte, nicht nur als oberster Heeresführer, sondern auch als oberster Staatschef verpflichtet zu können, daß Polens Hilfsangebot als oberster Staatschef verpflichtet sein, und daß sein Friedenswunsch auch noch lange nicht erschöpft sei, und daß sein Friedenswunsch auch die Welt möge allmählich begriffen lernen, daß die Mehrheit der polnischen Tendenzen aus dem Gefühl der Ohnmacht hervorgehen. Polen habe heute dank dem bolschewistischen Imperialismus, wie er sich in Soldan in Reinkultur gezeigt habe, die Sympathien der gesamten Entente gewonnen und wisse sich, falls Sowjetrußland noch immer keinen Frieden wolle, der Unterstützung ganz Europas

gewiß. Scheitern die Verhandlungen in Riga, so sei ein Krieg aller gegen Sowjetrußland gewiß und jede Zurückhaltung und jede diplomatische Geste verbiete schon der Selbsterhaltungstrieb der europäischen Kultur.

Militärischer Zuzug zur Roten Armee.

Amsterdam, 9. September.

Den englischen Blättern zufolge meldet Moskau drachlos, daß die Truppen des Generals Semenov zu der Regierung der russischen Republik im fernsten Osten übergetreten sind.

Aus Baku wird gemeldet, daß eine Anzahl von antibolschewistischen Erhebungen in der Gegend von Irkutsk stattgefunden haben, weil die Bolschewisten Getreide von den Bauern requirierten. Die Erhebungen tragen jedoch einen unorganisierten Charakter und sind bisher unterdrückt worden.

Polnischer Heeresbericht.

L. u. Warschau, 10. September.

Im Gebiet von Suwalki keine Veränderung. Ein bolschewistischer Angriff bei Stera wurde abgewiesen. Ausfallaktionen an verschiedenen Punkten unserer Front führten zur Einnahme von Kuzmina und der Eisenbahnstationen Zabinka-Wielkerta und Masoryta, östlich von Pieski-Bitowsk. Der Feind machte verzwelfelte Gegenangriffe, besonders um den wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Zabinka zurückzugewinnen und warf dabei 7 Infanterieregimenter in den Kampf. Unsere Verluste bei diesen Ausfallbewegungen betragen über 3000 Gefangene, 53 Maschinengewehre, 4 Geschütze, Waggons mit Artillerie-Munition, viel Kriegsmaterial, Lebensmittel und 2 Panzerzüge. Längs des Bug beiderseitige Gefandungsstätigkeit. In Galizien keine Veränderung.

Eine Delegation der „Labour Party“ zur Konferenz in Riga

Samnitis vom 8. 9. berichtet: Der Aktionsausschuß, der am 5. September in Portsmouth tagte, hat beschlossen, eine Delegation der Labour Party nach Riga zu schicken, um genaue Informationen über die Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Polen zu erhalten und der Friedenskonferenz beizuwohnen. — Adamson und Parcell wurden als Delegierte bestimmt.

Wenn die Rigaer Konferenz die Zuhörerschaft der englischen Delegation nicht ablehnt, die Russen werden es nicht tun, allenfalls die Polen — so würde zum ersten Male in der Geschichte eine ansehnliche Regierung der vortragenden Teile stehende und von ihnen nicht beauftragte Körperschaft dem Abschluß eines Friedens begehaupt haben. Das die englischen Arbeiterorganisationen eine Delegation zu diesem Zweck entsenden können, ist zweifellos ein bemerkenswerter Beweis ihrer jetzigen Stärke und ihres Einflusses auf die internationale Politik überhaupt.

Die kleine Entente

Aus Wien wird uns geschrieben:

Die ungarischen Rüstungen, die frechen Einbrüche der Weißgardisten nach Deutschösterreich, das fortwährende Säbelkrassen in Budapest, die in den Nachbarstaaten offen betriebene konterrevolutionäre Propaganda der Horthyterroristen, die krankhaften, zubringlichen Versuche, sich an dem Kriege gegen Sowjetrußland zu beteiligen und als Preis dafür die Revision des Friedensvertrages von Großtrianon zu erreichen, haben zu einer sehr merklichen Verschlechterung der diplomatischen Lage Horthyungarns geführt. In allen diesen Bestrebungen wurde die ungarische Regierung von der französischen Diplomatie unterstützt, obwohl sie sich offenkundig gegen die „kleinen Verbündeten“ richteten und nur auf deren Kosten befriedigt werden konnten. Die Folge dieser französischen Extratour war eine teilweise Vorseitständigung der Politik der Tschecho-slowakischen Republik, Rumäniens und Jugoslawiens, die sich zu einer kleinen Entente zusammengeschlossen haben. Obwohl die französische Regierung die allergrößten Anstrengungen machte, Rumänien vom Beitritt zu dieser Staatenkombination zurückzuhalten und eine ungarisch-rumänisch-polnische Annäherung, ein Bündnis der drei oligarchischen Regierungen herbeizuführen, obwohl sie den Marschall Joffre mit diesem Auftrage nach Bagdad sandte, um wenigstens Rumänien ihren politischen Zwecken dienstbar zu machen, kann mit absoluter Sicherheit behauptet werden, daß die sogenannte kleine Entente doch abgeschlossen wurde, und zwar mit dem folgenden Programm: 1. Neutralität im polnisch-russischen Krieg, solange keiner der kleinen Entente-Staaten angegriffen wird. 2. Die Forderung der strikten Aufrechterhaltung des mit Ungarn abgeschlossenen Friedens und die sofortige Durchführung der Bestimmungen über die Entwaffnung der ungarischen Armee, das heißt die Herabsetzung der Armee auf 30 000 Mann. 3. Festhalten an der Entschiedenheit des Obersten Rates, daß die Habsburger nicht nach Ungarn zurückkehren dürfen, in sonstiger aber die Bestimmung der Staatsform, Republik oder Monarchie, den Ungarn überlassen wird.

Es wurde auch beschlossen, zu diesen Entschlüssen die Billigung der großen Ententemächte einzuholen, und es wurde der Vorschlag mitgeteilt, daß die Nationalstaaten eine befristete Forderung an Ungarn in allen diesen Fragen zu richten wünschen. Allerdings steht noch eine Zustimmung aus und die Horthyfreundliche Presse behauptet, daß die Vorschlagkonferenz vorläufig auf diese Anregung nicht eingehen, oder trotz ihrer Dringlichkeit nicht antworten wird. Es ist fraglich, ob die kleine Entente soviel Macht und Entschlossenheit haben wird, um ihre Politik trotzdem durchzuführen. Es wäre verfehlt, anzunehmen, daß demokratische Rücksichten die Urheber dieses Planes wären. Die Nachbarstaaten wollen ihre Friedensbeute sicherstellen und hauptsächlich die Möglichkeit erreichen, ihre Armeen abzurufen; die ungeheuren Lasten der Rüstungen können diese Staaten und vor allem die Tschechoslowakei, die unter der Kontrolle einer mächtigen und immer radikaler werden Sozialdemokratie steht, auf die Dauer ohne die schwersten sozialen Erschütterungen nicht ertragen. Und solange Ungarn sich bewaffnet, können sie auch nicht abrüsten oder ihre Rüstungen erheblich reduzieren.

Außerdem richtet sich die kleine Entente gegen die von Franzosen und Engländern gleichmäßig propagierten Pläne einer Donauföderation. Die wirtschaftliche Verbindung der aus der Zertrümmerung der österreichisch-ungarischen Monarchie entstandenen Staaten ist eine Notwendigkeit; die Frage ist nur die, auf welcher Grundlage sie zustande kommen kann; ob unter der Führung der wiedereingefügten Habsburger, die aus Budapest ihren Vorkurs aufnehmen sollen, oder aber durch eine lose Verbindung der Nachbarstaaten, die die politische Selbständigkeit aller Staaten wahr und doch einen erträglichen Zustand aller Donauföderation herstellt. Die Donauföderation ist die Lösung der mitteleuropäischen Konterrevolution, der gegenüber die kleine Entente eine demokratischere Lösung darstellt.

In der russischen und in der ungarischen Frage verfolgt die kleine Entente eine weniger reaktionäre Politik als die große, die die Sowjetregierung stützen und Horthyungarn unterstützen will. Wie in der großen die Macht der britischen Arbeiterklasse von den allerhöchsten Ausdehnungen ihrer Regierung zurückhält, so ist die demokratischere Außenpolitik der kleinen Entente dem Einfluß und der Macht des tschechoslowakischen und jugoslawischen Proletariats zugesprochen. Wenn sie auch aus selbsttätigen und imperialistischen Motiven zu ihrer ungarischen Politik getrieben wird, so ist doch jede Schwächung Horthyungarns ein Verdienst.

In der Lohnbewegung der Hamburger Hafenarbeiter haben erneut Verhandlungen stattgefunden, die aber zu keiner Einigung führten. Die Lohnkommission ist nun nach Berlin geeilt, um mit dem Reichsarbeitsminister zu verhandeln. Auf Veranlassung der Zeitung des Transportarbeiterverbandes haben, nach der Telegrammen-Union, während der Dauer der Verhandlungen die in Hamburg in den Streik getretenen Hafenarbeiter den Streik abbrechen müssen.

Arbeitslosenunruhen in Dresden

Schläge statt Brot

11. Dresden, 10. September.

Der Dresdener Vertreter der Telegraphen-Union berichtet als Augenzeuge über schwere Unruhen in Dresden folgendes: Die bereits bekannten Vorgänge am gestrigen Tage, verursacht durch die Verteilung verdorbenen Beringe an die Arbeitslosen, waren der Auslast zu großen Unruhen und die entzündete Spannung fand gestern ihre Entladung vor dem Arbeitsschreier. Bei Ansammlungen und Aufmärschen der Arbeitslosen in den Straßen um den Postplatz ging plötzlich die Gendarmen in einer unnötig scharfen Weise vor, die die Erbitterung unter den Massen aufs höchste steigerte. Die Polizeibeamten drangen nach der Aufforderung, aus den Vordereingängen, sofort auf die in dichten Massen umherstreichenden Gruppen mit blankem Säbel und Gummiknüdel ein und schlugen auf die Leute, gleichviel, ob Mann oder Frau und selbst harmlose Passanten los. Es gab viele Schwerverletzte, und ich selbst bekam zwei Heftschläge mit einem Gummiknüdel über den Kopf, ohne daß ich ein Streifenband das geringste getan hatte. Das geradezu unsinnige Verhalten der Beamten wurde von allen Seiten verurteilt. Die Unruhen währten bis zum späten Abend.

Die Vorgänge haben gezeigt, daß die Regierung, nachdem sie tagelang in einem Aufruf energische Maßnahmen angekündigt hatte, der Lage nicht gewachsen war. Abends beherrschte das Proletariat die Straßen und die Gendarmen hatte sich in die Straßen zurückziehen müssen. In einer Unterredung äußerte sich Wirtschaftsminister Schwarz über die Gefahren der Arbeitslosigkeit und erklärte selbst, nachdem er die Schlemmereien verschiedener Kreise des Bürgertums verurteilt hatte, daß den Erwerbslosen nichts anderes übrig bleibe, als Selbstmord oder Diebstahl, und daß sich Verhältnisse entwickeln, die in blutigen Bürgerkrieg oder in brutale Diktatur auslaufen würden.

Es ist empörend, in welcher Weise mit den Arbeitslosen, den unglücklichen Opfern der kapitalistischen Gesellschaft, umgegangen wird.

In Deutschland ist es scheinbar unmöglich, ohne den Prügel oder die Finte mit erregten Volksmassen fertig zu werden. Noch immer schreit man nicht erkannt zu haben, daß gerade die Anwesenheit und das schroffe Auftreten der Polizeibeamten erst solche Ausfälle provozieren. Wer ist aber für die Ausschreitungen der Gendarmen verantwortlich? Niemand anders als die sächsische Regierung, die kurz vorher in einem Aufruf sich an die Arbeitslosen wandte und sie mit einigen leeren Worten abspießte, ihnen aber sofort im Falle ihres Nichtparierens die Anwendung aller staatlichen Machtmittel androht. Wenn die Regierung eine solche Sprache führt, dann handelt die Gendarmen natürlich entsprechend. Dieser Erlaß an die Arbeitslosen ist unterzeichnet vom rechtssozialistischen Ministerpräsidenten Bud. Man sucht vergebens, was in solchen durchaus von bürgerlichem Autorität und Machtwort diktierten Erlassen noch von sozialistischem Wollen und Vorhaben zu finden ist. Der Geist Rosses lebt noch immer in der rechtssozialistischen Partei und besonders in ihren Vertretern in den Regierungen. Wir haben noch nicht gehört, daß die sächsische Regierung mit der gleichen Energie Mittel und Wege bereit macht, um die Not der Arbeitslosen zu lindern. Erstes Prinzip ist bei dieser bürgerlich-rechtssozialistischen Regierung nicht das Wohl des Staatsbürgers zu garantieren, sondern die „Staatsautorität“ aufrecht zu erhalten.

Die Wahlen zum sächsischen Landtage werden am 14. November stattfinden.

Georgien und Sowjetrußland. Das Georgische Pressebureau teilt uns mit: In der gestrigen Vorgesandgabe der „Freiheit“ heißt es unter dem Titel „Völkerverständlicher Vorkurs in Georgien“, die Bolschewisten seien trotz abgeschlossener Waffenstillstandes weiter vorgedrungen und hätten die Distrikte Karabach, Sangsar und Nachitschewan besetzt. — Diese Mitteilung ist irreführend. Zunächst handelt es sich nicht um einen Vorkurs gegen Georgien, sondern gegen Armenien und Persien, denn die genannten Distrikte liegen im armenisch-persischen Grenzgebiet. Der Waffenstillstand, von dem die Rede ist, bezieht sich auf Armenien. Mit Georgien hat Sowjetrußland am 7. Mai d. J. Frieden geschlossen (obwohl ein Kriegsverhältnis zwischen den beiden Staaten überhaupt nicht bestand).

Lieferstreik der Landwirte

Was tut die Regierung?

Im Kreise Königsberg in der Neumark tobt gegenwärtig ein heftiger Kampf um die Besetzung des Landratspostens, der infolge der Verlegung in die Mitteldenschaft zieht, als die dortigen Landwirte ihren Lieferungsverpflichtungen der Stadt Berlin gegenüber, die sich insbesondere auf Milch erstrecken, nicht mehr nachkommen, sondern einen Lieferungsstreik beschließen haben. Die Gründe dieses Lieferungsstreikes sind, wie eine Lokalcorrespondenz meldet, zweifellos politischer Natur. Unzweifelhaft des Kapp-Putsch ist der damalige Landrat des Kreises Königsberg in der Neumark, v. Keudell, seines Amtes entsetzt worden. Mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes wurde der Führer der Demokraten im Kreise, Regierungs- und Bauart Fiehn, betraut. Gegen ihn machten sich sofort starke Gegenströmungen, namentlich in den Kreisen der Landwirte und Gutbesitzer, geltend, und man versuchte, dem kommissarischen Landrat so viel wie möglich, Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Die schwerste Beschuldigung, die man gegen Regierungsrat Fiehn erhebt, ist die, er habe seinerzeit gerade zur Erntezeit den Landarbeiterstreik veranlaßt. Auf Grund dieser Behauptung hat dann am 27. vorigen Monats der Verband zur Wahrung der ländlichen Interessen des Kreises Königsberg (N.M.), beim Ministerium des Innern die Abberufung des Herrn Fiehn und die Wiederernennung des früheren Landrats v. Keudell resp. die Bestellung eines dem Verbande genehmen kommissarischen Vertreters in sehr kategorischer Weise gefordert. Nach Ablauf der zehntägigen Frist, die der Verband dem Ministerium gestellt hat, hat der Verband, nachdem eine Antwort der Behörde nicht eingelaufen war, nunmehr den Lieferungsstreik beschlossen, der seit Mittwoch in Kraft ist. Jede Verbindung mit dem Landratsamt hat der Verband abgelehnt. Getreide, Kartoffeln, Vieh und Milch werden aus dem Kreise von den Verbandsmitgliedern nicht ausgeführt, während die Belieferung des Kreises selbst aufrechterhalten wird.

Auch Berlin ist durch diesen Lieferungsstreik betroffen, da der Kreis die Reichshauptstadt mit Milch beliefert. Bereits am Mittwoch sind fast 2500 Liter weniger als sonst in Berlin eingetroffen und am gestrigen Donnerstag betrug die Lieferung nur etwa 1100 Liter. Regierungsrat Fiehn befreit ganz entschieden, in irgend einer Weise den Landarbeiterstreik angefaßt oder auch nur für sein Anhalten etwas getan zu haben.

So gewissenlos also gefährden die Landwirte aus rein politischen Motiven die Ernährung und die Gesundheit der großstädtischen Bevölkerung. Und kein Mensch zieht sie zur Verantwortung. Die Regierung schweigt natürlich, denn sie fühlt sich machtlos gegenüber den allmächtigen Agrariern, die ja im heutigen Deutschland tun dürfen, was sie wollen. Großartig hat zwar neulich der Ernährungsminister erklärt, er werde jede Zurückhaltung von Lebensmitteln entschieden bekämpfen, jetzt aber tut er nichts, um diesen Worten Taten folgen zu lassen.

Gegen die hohen Getreidepreise

Die Einberufung des Reichstags

Unsere Mitteilungen über die Absicht der Agrarier nach Preiserhöhung für Hafer und Gerste sowie die Erhöhung und Verlängerung der Frühdruckprämie haben nur einen kleinen Teil der bürgerlichen Presse veranlaßt, zu dem Antrag der bürgerlichen Parteien im Volkswirtschaftlichen Ausschuss Stellung zu nehmen. Vor allem schweigen die Blätter der Agrarier, die es zuerst angeht, weiter. Das „Berliner Tageblatt“ dagegen spricht sich auch gegen jede weitere Preiserhöhung aus und bezeichnet sie für unannehmbar. Wenn das Blatt sich aber trotzdem gegen die Einberufung des Reichstags wendet, so erschüttert es dadurch den Glauben an die Aufrichtigkeit dieser Versicherung. Alle Beratungen des Volkswirtschaftlichen Ausschusses während der Vertagung des Reichstages haben den Beweis geliefert, daß die bürgerlichen Parteien, einschließlich des Zentrums und der Demokraten, das Verantwortlichkeitsgefühl entbehren und jede agrarische Forderung erfüllen. Durch die Einberufung des Reichstags und seine Stellungnahme zu diesen Fragen ist das einzige Mittel, die Erfüllung der agrarischen Wünsche zu verhindern.

Das Fiasko der freien Wirtschaft

Kartoffelpreise

Der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Staatsminister Freiherr v. Schorlemer, hielt am der Tagung des Verbandes ländlicher Genossenschaften der Rheinlande in Koblenz eine bemerkenswerte Rede über die Aufgaben der Landwirtschaft. Er begrüßt

die jetzt eingetretene freie Wirtschaft für Kartoffeln und die jetzt zu erwartende freie Wirtschaft für Fleisch. Nach dem von W. L. B. verbreiteten Bericht hat er sodann folgendes ausgeführt:

„Damit ist die Landwirtschaft vor eine verantwortungsvolle Aufgabe gestellt. Schon jetzt werden in Verbraucherkreisen lebhaft Zweifel laut, ob die von landwirtschaftlicher Seite mit dem Ausbau der Zwangswirtschaft in Aussicht gestellte Besserung der Ernährungsverhältnisse in Wirklichkeit eintreten wird. Und zweifellos wird, wenn sich im Laufe des Winters in der Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln und Fleisch Schwierigkeiten ergeben oder die Preise für diese Erzeugnisse sich steigern sollten, die Miskimmung in Verbraucherkreisen ebenso heftig gegen die Landwirtschaft laut werden, wie es bisher gegenüber den mit der Zwangswirtschaft betrauten Behörden der Fall war.“

Schorlemer fordert dann weiter die beschleunigte Ablieferung des Brotgetreides und den Zusammenschluß der landwirtschaftlichen Organisationen zwecks Festsetzung des angemessenen Preises für Kartoffeln. Es ist außerordentlich bemerkenswert, daß Schorlemer, der durchaus agrarisch gesinnt ist, auf dieser Tagung erklärt hat, daß er für Kartoffeln einen Preis zwischen 15—20 M. den Zentner für vollkommen ausreichend halte.

Das Reichsernährungsministerium hat bekanntlich den Mindestpreis für Kartoffeln auf 30 M. den Zentner festgesetzt, ist also weit über das hinausgegangen, was anerkannte Vertreter der Agrarier selber für notwendig halten. Eine schärfere Verteilung der Politik des jetzigen Reichsernährungsministers ist nicht gut denkbar. Schorlemers Ausführungen bestätigen durchaus, was wir gestern über die verurteilungspolitische Politik des Reichsernährungsministeriums gesagt haben. Auch Schorlemers Ausführungen zeigen, daß es unbillig ist, die Regelung der Lebensmittelversorgung der Massen einem Ausschuss zu übertragen, dem die Verantwortung dafür in hohem Maße fehlt.

Auf die übrigen Ausführungen Schorlemers werden wir in anderem Zusammenhang noch zurückkommen.

Oberschlesien

Ein Geheimbefehl des Generals Le Rond

Die „Breslauer Morgenzeitung“ veröffentlicht ein geheimes Rundschreiben, das angeblich von General Le Rond, dem Präsidenten der Interalliierten Kommission, an die französischen Kreisinspektoren ausgegeben worden sei. Darin wird gesagt, daß die Aktion für die Wiederherstellung der Ruhe zur Beruhigung der deutschen Bevölkerung mit mehr Stärke auszuführen sei. Es müsse ein bestimmtes Maß von Gleichstellung innegehalten werden, damit das Prestige der interalliierten Kommission keinen Schaden erleide. Nach Rücksprache mit den leitenden polnischen Stellen würden Anweisungen für die weitere Behandlung der noch kommenden Ereignisse folgen. Unberührt von dieser Anweisung sollen die offiziellen Tagesberichte bleiben.

Wann dieses Dokument ert ist, so nicht gerade für die Unparteilichkeit des Generals Le Rond sprechen.

Aus einer Kriegsgerichtsverhandlung

Vor dem außerordentlichen Kriegsgericht in Rybnitz stand ein Pole namens Bella, der in Offiziersuniform mit fünf Mann deutsche Offiziere gebrandschatzt hat. Nach dem Bericht eines bürgerlichen Nachrichtenbüros erklärte der Angeklagte, er habe von dem polnischen Plebiszitkommissariat den Auftrag erhalten, bei deutschen Bürgern nach Waffen zu suchen. Diese Mitteilung des Angeklagten wurde von dem französischen Vorstehen des Gerichtes als wahr unterstellt. Im Lauf der Verhandlung ergab sich weiter, daß Bella bei seiner Waffensuche in deutschen Häusern leiblich vier Waffen gefunden habe, von denen drei noch dazu aus dem Besitz von Postbeamten stammten. Die Zeugenaussagen ergaben, daß Bella und seine Leute sich bei der „Waffensuche“ auf das Roheste benahmen. Eine deutsche Frau wurde angepöbeln, andere Personen wurden ohne Grund mit Schmutzschludern bedeckt. Einem deutschen Kaufmann wurden 2000 Mark gestohlen. Der italienische Staatsanwalt, der seines Amtes sehr objektiv waldete, beantragte gegen Bella ein Jahr Gefängnis, gegen die übrigen Beteiligten entsprechend geringere Strafen. Das Gericht verurteilte Bella jedoch nur zu vier Monaten Gefängnis und zwar nur wegen „gemeinsamen Hausfriedensbruchs“. In der Urteilsbegründung heißt es, daß Bella keinen Hausfriedensbruch begangen habe, weil er keine Gewalt über seine Leute mehr gehabt habe.

Die Autonomie für Oberschlesien

Offiziell wird mitgeteilt: Die maßgebenden Stellen in Reich und in Preußen sind darin einig, daß der Eigenart der ober-schlesischen Bevölkerung in weitgehendstem Maße Rechnung getragen werden muß. Ferner herrscht Uebereinstimmung darüber, daß es den Oberschlesiern freistehen wird, auf dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Wege etwaige Wünsche nach einer bundesstaatlichen Ausgestaltung ihrer Zukunft

gestalt zu machen, und daß der Erfüllung solcher Wünsche die Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden sollen.

Die Interalliierte Regierung- und Plebiszitkommission hat die Belagerungszustand über den Stadtkreis Rattowig aufgehoben.

Das Wüten des weißen Terrors in Ungarn

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Wien, 10. September.

In Budapest wurden jetzt ehemalige rote Soldaten, darunter Dolar Pevos, der Führer der Vorkriegsarbeitbewegung und Gemeindefunktionär, vier Monate nach dem Fällen des Todesurteils hingerichtet. Trotz Verwendung ausländischer, offizieller Angestelltenverbände, trotz einer Eingabe der Postbeamten an Horich mit der Unterzeichnung sämtlicher ungarischer Gewerkschaften, wurde die Hinrichtung vollzogen. Urteilobegründung: Bekämpfung der Gegenrevolution.

Die Arbeiten des englischen Gewerkschaftskongresses

SR London, 10. September.

Der Gewerkschaftskongress in Portsmouth hat gestern mit großer Stimmenmehrheit den Plan zur Bildung eines Generalstabes gutgeheißen, welcher sorgfältig die ganze industrielle Bewegung und die damit zusammenhängenden Aktionen im einzelnen beraten soll, sowie die Lohnfrage und die Frage der Arbeitszeit beobachten hat. Es wurde vorgeschlagen, diesen Generalstab auf Grund des Gruppen-systems zu wählen. Die Grubenarbeiter, die Eisenbahner und die Transportarbeiter sollen je drei Mitglieder wählen, während die übrigen Arbeitergruppen vier Mitglieder wählen dürfen.

SR London, 10. September.

Der Kongress der Arbeiter in Portsmouth hat einen permanenten Ausschuss beauftragt, Pläne für eine Politik der Herabsetzung der Kosten des Lebensunterhaltes auszuarbeiten. Es wurde im voraus beschlossen, daß, wenn der Kongress der Trade-Union sich mit diesen Vorschlägen einverstanden erklärt, die Pläne mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln durchzuführen sind.

Die Verhandlungen der englischen Bergarbeiter

SR London, 10. September.

Die Konferenz zwischen Sir Robert Horne, dem Vorsitzenden des Handelsdepartements, und dem Vollzugsausschuh der Grubenarbeiter ist ergebnislos verlaufen. Horne betonte abermals, daß die Regierung entschlossen sei, die neue Herabsetzung der Kohlenpreise vom Parlament entgegen zu lassen, während die Lohnfrage dem Urteil des Industriellenhofes unterbreitet werden sollte.

Nach einer längeren Beratung über die Einzelheiten seitens des Vollzugsausschusses, wurden die allgemeinen Beratungen abgebrochen und der Vollzugsausschuh beriet allein weiter. Nach Schluß dieser Beratung gab Emillie Horne zu verstehen, daß nach Auffassung der Grubenarbeiter Horne's Mitteilungen keine neuen Vorschläge, die zu einer befriedigenden Regelung führen könnten, enthielten. Horne gab sein Bedauern darüber zu erkennen und die Konferenz wurde aufgehoben.

Die italienische Streikbewegung

Paris, 9. September.

Die „Information“ aus Rom meldet, es sei dem Arbeitsminister Labriola nicht gelungen, eine Verständigung zwischen den Arbeitern und Arbeitgeber herbeizuführen. Ministerpräsident Giolitti hat deshalb persönlich eingegriffen und den Präsidenten von Turin und Mailand die Weisung gegeben, sich mit den Vertretern der Arbeiter und der Industriellen in Verbindung zu setzen und ihnen bestimmte Pläne, über die völlige Stilllegung gewahrt wird, zu unterbreiten.

Paris, 9. September.

Die „Liberte“ aus Rom meldet, haben die Arbeiter in Pordenone einen Torpedobossenzylinder vom Stapel gelassen, auf dem sie die rote Fahne hielten.

Die italienischen Stahlfabrikanten lehnen Unterhandlungen ab

SR Rom, 10. September.

Die Stahlfabrikanten haben beschlossen, keine Unterhandlungen mit dem streikenden Personal zu beginnen, ehe die Fabriken von den Streikenden nicht geräumt werden.

Das politische Kino

Von Ignaz Wrobel

Heute ist es ganz unpolitisch. Scheinbar. Denn vor dem Kriege und im Kriege war das übliche Maß Patriotismus so selbstverständlich, daß über einen Anschlag mit Kaisertrahnen und über das Interesse für Militär und die Herrlichkeit des Reiches überhaupt nicht zu reden war. Das Kino war ungefähr so unpolitisch wie der Berliner Lokalangeiger. Aber es könnte anders sein.

„Die Massen können nur in Bildern denken und lassen sich nur durch Bilder beeinflussen. Bloß diese schrecken oder verführen sie und werden zu Motiven ihres Handelns. So haben denn auch die Theateraufführungen, die das Bild in klarer Sichtbarkeit geben, auf die Masse stets einen ungeheuren Einfluß. Durch nichts wird die Phantasie der Massen aller Art so stark erregt als durch Theateraufführungen.“ Das steht bei Gustav Le Bon in der „Psychologie der Massen“, und es ist sehr richtig. Wenn wir uns an die Masse als Ganzes wenden und, was nicht immer möglich sein wird, an das Individuum durch persönliche Propaganda, so bleibt uns gar nichts weiter übrig, als die Gesetze der Massenbeeinflussung zu befolgen. Die Mächte aller Zeiten haben das getan.

Was fehlt, ist das politische Kino und der politische Film. Der Wege und Mittel sind viele: meiner Ansicht nach wird in Deutschland mit der Photographie dasjenige viel zu wenig gemacht, was zum ersten Mal unsere „Freie Welt“ mit Erfolg begonnen hat: die Photographie als Tendenzbild zu benutzen. Keine Karikatur kann in gewissen Fällen so wirken, wie es das einfache Wirklichkeitsbild des Photographen tut. Es gibt Lagen, in denen das photographierte Bild eines zerfetzten Arbeiters, einer kranken Proletarierwohnung, eines gebundenen Arbeiters mehr wirkt als Wort und Zeichnung es je zu tun vermögen. Das Bild sagt zum Leben. „So siehst du aus!“ — und eine kleine Unterschrift genügt, um noch einmal auf das aufmerksam zu machen, worauf es ankommt. Was G. Lehrte durch die Schrift verstand, das lehrt das Gemälde (Gemalte) dem gemeinen Mann.

Der Wege und Mittel sind viele: es lassen sich sehr wohl Tendenzfilme erfinden, die aber nun nicht etwa den Hurrafilm mit umgehendem Vorzeichen offen dürfen, sondern die schlagkräftig und wahr durch geschickte Gruppierung von Zustandsbildern pazifistische, sozialistische und radikale Tendenzen aller Art erkennen lassen können.

Die Hauptschwierigkeit liegt in der Schwierigkeit der Organisationen, die an diesem neuen Wege, weil sie die eintretenden Hindernisse wohl erkennen, nicht recht heran wollen. Aber Hindernisse sind dazu da, um überwunden zu werden, und es wäre wohl zu wünschen, daß sich die interessierten Verbände einmal dazu auf-

raffen, das vorläufig in den Händen der Reaktionen befindliche Kino zu erobern. Denn reaktionär ist der Film nicht nur da, wo er politisch wirkt (wir haben nur ganz wenige politische Filme), sondern reaktionär sind Anschauungsweise, Weltbild und Lebensauffassung des bürgerlichen Kinos. Es lohnte sich also schon.

Es ist ganz zweifellos, daß, wenn wirklich unsere politische Opposition sich des Kinos bemächtigte, die anfreiste aller Republiken ihren ganzen Verwaltungsapparat aufbieten würde, um eine solche Betätigung unmöglich zu machen. Und wenn der preussische Verwaltungsbeamte nichts kann: schikanieren kann er.

Eine Möglichkeit gibt ihm dazu zunächst einmal das neue Filmengesetz von 1920, in dessen § 1 sich die beherrschende Bestimmung befindet: „Die Zulassung eines Bildstreifens (das ist die sprachlich falsche Preußenübersetzung des Wortes Film) erfolgt auf Antrag. Es ist zu verlangen, wenn die Prüfung ergibt, daß die Vorführung des Films geeignet ist, die öffentliche Ordnung oder Sicherheit zu gefährden, die Religion oder religiöse Einrichtungen herabzuwürdigen, verhöhnen oder erniedrigend zu wirken, das deutsche Ansehen oder die Beziehungen Deutschlands zu auswärtigen Staaten zu gefährden.“ Mit dieser Begründung kann man jeden politischen Film verbieten. Der Zufall, der da folgt, hilft auch nicht viel: „Die Zulassung darf wegen einer politischen, sozialen, religiösen, ethnischen oder Weltanschauungsstendenz als solcher nicht verweigert werden. Die Zulassung darf nicht verweigert werden aus Gründen, die außerhalb des Inhalts des Bildstreifens liegen.“ Wir kennen die preussische Zensur „als solche“. Da in der kaiserlichen Republik Deutschland noch die lächerlichsten Mittelbestimmungen aus der Zeit der alten preussischen Könige für die Polizei in Geltung sind, so hat der Staat außer den Zensurbestimmungen dieses Zensurgesetzes auch noch die Möglichkeit, einen Film durch Verwaltungsmaßnahmen das Kino zu verbieten. Es bräunte bei der schamlosen Auffassung des Begriffs „Öffentlichkeit“ durch die preussische Behörde nur eine Schlägerei bei der Vorführung eines solchen Films vorzukommen — und das Verbot wäre da. Wir wissen, wie das gemacht wird. Wozu hätten wir unsere Wessoren?

Die Filmzensur, die da nach dem Grundgesetz „Frauen haben keine Stimme“ zensiert, wird also Schwierigkeiten machen.

Aber eben dagegen wäre anzukämpfen. Wir haben ja schließlich im Laufe der Jahrzehnte dies und das erreicht — warum sollte es nicht möglich sein, dieser Paragrafenbehörde mit politischer Gewalt klarzumachen, daß die Öffentlichkeit uns allen und nicht ihr gehört, und daß es jedem unbenommen ist, Filme, die ihm nicht gefallen, nicht anzusehen. „Da müßte denn doch die Polizei —!“ Sie müßte eben nicht, Herr Meyer. Sondern es muß den Staatsorganen und den Radikalen klar sein, daß jeder Gegner jeden politischen Film drehen darf.

Der Staat würde Schwierigkeiten machen. Aber diese Schwierigkeiten wären durch planvolles Zusammenwirken aller Organisationen zu überwinden.

Schwierig wird es ferner sein, Filmgesellschaften für solche Zwecke und zunächst etwas gemagten Pläne zu interessieren. Weil aber in diesen Filmgesellschaften der Kapitalismus am heftigsten offenbart, so wird es einfach eine Sache des Geldes sein. Branche für diesen neuen politischen Zweck dienbar zu machen, Unerschlichkeit wäre dazu freilich, daß sich die interessierten Parteien und Gruppen ein paar Kinoteater packeten, denn das normale bürgerliche Kinoteater würde sich höchlich bedanken, gute sozialistische Filme vorzuführen. Der Herr Reichswehr-Feldwebel, der Sonntags mit Fräulein Feldwebelin ausgeht, dürften böse werden.

Dies ist keine Utopie. Dies ist kein Plan, der unausführbar oder gar nur spähig zu nehmen wäre. Die Aufklärung durch Bild und vor allem durch das Kinobild kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Lesen mag einer, was er will — die Anschauung ist mächtiger. Was der Mann des praktischen Lebens einmal gelesen hat, kann er möglicherweise vergessen; was er gesehen hat, nie. Der Weg zum Herzen der Masse geht nicht durch den Verstand, er geht durch die Sinne. Und weil wir wissen, daß der Verstand auf unserer Seite ist, dürfen und müssen wir diesen Weg gehen: den Weg zum politischen Kino.

Die Filmzensur. Ein Verfassungsdirektor, der ehemalige Staatsanwalt Carl Gulke, erklärte vor den Pressevertretern die Einrichtung seines neuen Amtes. Die Filmzensur wurde durch einzelnen Länder ausgeübt, die mit der Durchführung der Polizeibehörden beauftragten. Durch eine Verordnung des Rates der Reichsbeauftragten wurde dann die Filmzensur überhaupt aufgehoben. Angehörig als Folge der sogenannten „Aufklärungsfilme“ kam das Reichslichtspielgesetz vom Mai 1920. Durch dieses Gesetz ist die ausgeübte Filmzensur milder als die von den Ländern ausgeübt. Es werden im Reich eine Anzahl von Prüfungsstellen eingerichtet. Bisher bestehen solche in Berlin und München. An der Spitze jeder Prüfungsstelle steht ein Beamter, der pädagogisch und künstlerisch vorgebildet sein muß. Ihm zur Seite steht eine Kammer, die aus Beamten zusammengesetzt ist, und zwar stets aus zwei pädagogisch vorgebildeten einem Vertreter der Filmindustrie und einem künstlerischen Vertreter. Der Vorsitzende der Kammer, der Leiter der Prüfungsstelle hat das Recht, die ihm als weder der öffentlichen Ordnung noch der Sittlichkeit gefährlich erscheinenden Filme freizugeben. Die anstehenden Filme führt er der Kammer vor, die dann endgültig darüber zu entscheiden hat, ob der Film verboten werden oder der Filmprüfungstellen steht eine Überprüfungsstelle, über die letzten Entscheidungen liegen.

Funktionärversammlung der U.S.P.

(Schluß des Berichts aus der Morgenausgabe.)

Genosse Bruno Krause sagt, daß die wichtigste Frage, die hier mitspielt, die Zerreißen nicht nur der Partei, sondern der ganzen deutschen Arbeiterbewegung bedeute. Es kommt nicht darauf an, eine revolutionäre Klippe zu haben, sondern revolutionär zu wirken. Krause weist besonders auf die Spaltungstendenzen hin, die von Moskau aus gegen die Gewerkschaften losgelassen werden. Auf der einen Seite fordert man auf, in den Gewerkschaften zu bleiben und sie umzustellen, auf der anderen Seite predigt man die Spaltung. Man sollte uns schon selbst überlassen, wie wir die deutsche Revolution aufzurichten haben. (Große Unruhe.) Man steht sich in Widerspruch zu dem, was man vor kurzem erst gelehrt hat. Erst nur die Bedingungen und Thesen vier, fünfmal durch, dann werdet ihr die Widersprüche erkennen. (Beifall.)

Genosse Wegmann sagt, daß die Artikel Dittmanns die Anerkennung des gesamten Bürgertums gefunden haben. (Unruhe.) Wir wollen Dittmann nicht um diesen Ruhm beneiden. Ihm hat sich Barth heute abend beigelegt. Im Zusammenhang mit der 3. Internationale haben die Ausführungen Barths nichts zu tun. Wegmann stellt richtig, daß Barth nicht im Auftrag, sondern für seine Person mit Vobst und v. Oden verhandelt hat. Barth wäre der ungeeignetste Diktator, da sind mir ein Lenin und Trotsky doch lieber. Die Auslegung der Bedingungen und Bestimmungen sei nicht immer sachlich erfolgt. Man sollte alle Kräfte vermeiden. Die Schaffung kommunistischer Keimzellen in den Gewerkschaften bedeutet nichts anderes als das, was wir seit 1918 bereits in den Gewerkschaften tun und nicht zum Schaden der Arbeiterchaft. Diese kommunistischen Keimzellen sind längst notwendig. Haben die Kommunisten nicht ein Recht, mißtraulich zu sein gegenüber der U. S. P.? Lenin hat jetzt in Moskau erklärt, daß nach dem Anschluß der U. S. P. das Schwergewicht der Weltrevolution nach Deutschland verlegt werde. Weil man das in Rußland weiß, will man die Gewähr haben, daß die Reinigung durchgeführt wird. Wegmann wendet sich gegen Kautsky und andere, die einfach ihrer Ueberzeugung nach nicht mehr entschieden revolutionär sind. Als Menschen haben wir gegen Personen nichts einzuwenden. Es kommt nicht auf das Wissen an, es kommt darauf an, die Tendenz zu treffen. Sonst könnte man ja auch Rathenau oder Gerlach in die Partei aufnehmen. Die Bedingungen ergeben sich aber auch aus der Haltung eines Teils der Parteipresse. Wegmann verweist auf einen Artikel der "Freiheit" vom 16. Juli, in dem gesagt werde, daß der Kapitalismus erst wieder gestärkt werden müsse. Die Einigung muß durchgeführt werden. Dann werden wir in der 3. Internationale nicht als Eunuchen, sondern als gleichberechtigt mitbestimmende sitzen. (Starker Beifall.)

Genossin Wurm: Es wäre schlecht bestellt um uns, wollten wir uns verschließen, die Wahrheit in der Öffentlichkeit anzusprechen, nur weil die bürgerliche Presse daraus Nutzen ziehen könnte. Genossin Wurm geht auf die Bedingungen ein und führt die Geschlossenheit der deutschen und französischen Sozialisten her. Die eiserne Disziplin, die die eiserne Disziplin wird von der Partei verlangt. Bar es nicht gerade die eiserne Disziplin, die uns während des Krieges aus der alten Partei trieb, wo man uns nicht mehr das Recht der freien Meinungsäußerung? Und diese dreimal verstoßene Disziplin sollen wir jetzt freiwillig auf uns nehmen. An die Disziplin in der 2. Internationale hat sich niemand gelehrt, bestanden hat sie auch. Wir müssen für alle Zukunft verhindern, uns auf eine eiserne Disziplin festzulegen, die unser Handeln einzwängt. Wenn die sozialistische Erkenntnis nicht soweit vorgeschritten ist, daß die Masse selbst ihre Aktionen bestimmen könne, werden solche aufstrebenden Bedingungen nur zur geistigen Verfassung führen. Genossin Wurm zitiert Kautsky, der Däumig vorwirft, daß seine Agitation das Zeichen der Furcht vor der Revolution trage. Wir können nicht schematisch die russischen Verhältnisse auf Deutschland übertragen. Wir werden gewiß auch Fehler machen, aber wir dürfen doch nicht bedingungslos unsere ganze Politik verleugnen, die wir seit dem 9. November getrieben haben. Wir wollen das bleiben, was wir sind. Wir können unter keinen Umständen anerkennen, daß einzelne Menschen alles vorausbestimmen sollen, deshalb sind diese Bedingungen unannehmbar, aber nicht endgültig. Wagt man uns die Autonomie, dann gehen wir nach Moskau. (Lebhafter Beifall.)

Ein Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Genosse Schneider vom "Vorwärts" stellt einige Neuheiten der Genossin Zieh über die Schweiz richtig. Das Schreiben der Schweizerischen Geschäftsleitung beweise gar nichts, da diese in ihrer Mehrheit gegen den Anschluß sei. Der Parteivorstand habe erst vor kurzem den Antrag auf Anschluß angenommen, ohne allerdings die Bedingungen zu kennen. Wir werden diese Geschäftsleitung zur Rechenschaft ziehen und ich habe die Ueberzeugung, daß diese Erklärung der Geschäftsleitung vom Parteivorstand desavouiert wird. Ich habe die Ueberzeugung, daß heute die Mehrheit der Schweizerischen Parteimitglieder für den Anschluß ist. Die Erklärung der Geschäftsleitung ist nicht die Ansicht der Schweizerischen Partei. (Beifall.)

Däumigs Schlußwort

Ich bedauere es immer und immer wieder, daß diese Lebensfrage der Partei und der Revolution nur vom organisatorischen Gesichtspunkt behandelt wird. Ich vermissen Angaben von der anderen Seite, ob sie die gegenwärtige Situation als die Zeit des verhängnisvollen Klassenkampfes anerkennen. Für mich ist die Hauptsache: Wie mache ich meine Partei im nationalen Rahmen schlagkräftig zugunsten der Weltrevolution. Ich erreiche nichts, wenn ich sage, ich bekenne mich zum Sozialismus, ich bekenne mich zur Diktatur des Proletariats, sondern ich erreiche etwas, wenn ich mir sage: Wie erreiche ich die Diktatur des Proletariats. Um den russischen Vorstoß der proletarischen Diktatur müssen sich die einzelnen Länder wie um ihren Kristallisationskern anstellen. Die russische Revolution will ihre Erfahrungen den anderen Brüdern mitteilen machen. Die Gegner unserer Anschauungen, die ja bessere Sozialisten und Marxisten sein wollen, mögen uns sagen, wie man denn eine revolutionäre Internationale der Tat schafft? Das haben wir noch nicht gehört. Wie stellt man sich denn den Verlauf der deutschen und der Weltrevolution vor? Die deutsche Revolution wird sich in ihrem Fortgange ganz anders entwickeln als bisher. Die Novemberrevolution scheiterte, weil keine theoretisch einheitliche und streng disziplinierte Organisation dahinter stand. Wir werden uns darauf einstellen müssen, daß die revolutionäre Entwicklung uns nicht nur den Kampf bringt gegen Stinnes, Thössen und die Regierung, sondern gegen den Kapitalismus, und besonders gegen das Entenekapital. Die Frage wird von Tag zu Tag brennender, ob die Unabhängige Partei bis in alle Ewigkeit so ungeheuren Respekt haben soll vor dem Verfallenen Friedensvertrag. Das führt zu einer indirekten Unterabnahme der Weltrevolution.

Ich bestreite, daß die Ehre und die Autonomie der Partei Gründe geben. Ich könnte Ihnen beweisen, daß das geistige Leben in der russischen kommunistischen Partei nicht tot ist, daß man sich über theoretische Dinge unterhält, daß allerdings über die Grundbedingungen der proletarischen Diktatur volle Einheit herrscht. Alles, was dazu dienen soll, die Parteien der anderen Länder der proletarischen Diktatur zuzuführen, liegt in diesen Bedingungen und Thesen. Die Unabhängige Partei, die diesen Bedingungen und Thesen die Unabhängige Partei, wenn sie Bannerträgerin der Revolution sein will, muß diese Bedingungen akzeptieren. Wir haben keine Ueberzeugungen zu opfern brauchen. Durch die Moskauer Bedingung erleidet unsere Arbeit in der Räteform keine Einschränkung. Im Gegenteil. Ein Wanken und Schwanken unserer Partei bedeutet eine Stärkung der Weltrevolution gegenüber Sowjetrußland. Und wo sollen wir denn hin, etwa in eine vierte Internationale? Ich bleibe dabei, die ganze Situation erfordert eine klare, unzweideutige Entscheidung. Die dritte Internationale ist zur Zeit die gegebenste Organisation des revolutionären Proletariats. Durch unseren Beitritt wird vieles geklärt, vieles abgeklärt werden. Es muß kein eine Internationale, in der ein Wille herrscht, nicht von einzelnen Männern, sondern vom Exekutiv-

komitee bis zum letzten Mitglied. So ist die Frage aufzuheben, und so ist sie für mich, so wie die dritte Internationale heute ist, entschieden. (Lebhafter Beifall.)

Crispiens Schlußwort

Crispien teilt mit, daß etwa 80 Mann des ersten Auswanderungstransports wieder aus Rußland in Deutschland eingetroffen sind und sich auf dem Parteibureau bei dem Genossen Dittmann bedankt haben. (Große Unruhe.) Sie können sich mit den Genossen selbst auseinandersetzen. Hören Sie die Genossen erst an. (Beifall.) Gegenüber dem Genossen Stoll betone ich, daß mein Zitat aus der "Brawda" stammt und daß die andere Bezeichnung an der Tatsache selbst nichts ändert. Wie kommen wir zu einer aktionsfähigen Internationale und wie kommen wir zu einer aktionsfähigen Arbeiterchaft Deutschlands? Wir kommen zu einer aktionsfähigen Internationale, wenn wir die einzelnen Parteien nicht zum Selbstmord zwingen. Die Beschwörer drücken sich um die klare Auslegung der Bedingungen. (Andauernd lebhafter Unruhe.) Die Durchsetzung dieser Bedingungen bedeutet die Lahmung der deutschen Arbeiterchaft auf absehbare Zeit. Will man eine kräftige Internationale, so müssen in den einzelnen Ländern schlagfertige Parteien bestehen. Crispien weist an dem Danziger Beispiel, dem Kampf um die Danziger Neutralität, daß die U. S. P. führend vorangeht, daß sie aber von den Arbeitern im Stich gelassen wurde. Aus der Versammlung sind Arbeiter an den Hasen gelaufen, um die ersten bei der Ausladung zu sein. Solche Beispiele erleben wir täglich. Solche Beispiele lehren uns, wie viel wir noch tun müssen, um aktionsfähig zu werden. Ich bedauere aus tiefstem Herzen, daß die deutsche Arbeiterchaft nicht dazu kommt, die brennendsten Fragen zu lösen, dafür die Arbeiter in Bewegung zu setzen. Wir überlegen nicht, wie können wir die Massen gewinnen, sondern wie können wir Massen aus der Partei hinausdrängen, die nicht auf den Buchstaben schwören. Wenn wir die Arbeiter aktionsfähig machen in Deutschland, dann können wir auch internationale Aktionen unternehmen, die heute nur von den Gewerkschaften unternommen werden. Die Arbeiterchaft hat Freunde genug. Sorgt dafür, daß sie sich nicht untereinander aufreibt. Der gemeinsame Feind ist der Kapitalismus, ihm gilt unser Kampf. (Stürmischer Beifall.) Die Konferenz wurde danach geschlossen.

Die Stellung der Organisationen

Arabstimmung im Kreise Schlesiens

Am Sonntag fand in Suhl eine Generalversammlung der U. S. P.-Organisation statt, die sich mit der Frage der 3. Internationale beschäftigte. Nach Referaten der Genossen Heym und Pappenheim wurde die folgende Entscheidung einstimmig angenommen:

Die in Suhl tagende Kreisgeneralversammlung der U. S. P. des Kreises Schlesiens, sowie der dazu gehörigen Orte des Meiningen Kreises erklären, daß sie den Zeitpunkt für den Anschluß an die 3. Internationale zu vollziehen.

Ueber die Aufnahmebedingungen muß zuvor eine den Bedürfnissen und der historischen Entwicklung der deutschen revolutionären Arbeiterbewegung entsprechende Verständigung herbeigeführt werden.

Die Generalversammlung erwartet, daß dieser klaren Entscheidung der demnächst stattfindende Reichsparteitag sich anschließt, um so dem deutschen Proletariat den Weg zur Erreichung seines revolutionären Zieles zu erleichtern.

Innerhalb drei Wochen soll eine Arabstimmung der Genossen über diese Resolution im Kreise stattfinden.

Funktionärkonferenz des Bezirkes Frankfurt a. M.

Aus Frankfurt a. M. wird uns geschrieben: In einer kurz befristeten Konferenz der Funktionäre aller zum Bezirk gehörenden Kreise bezieht sich zunächst der Bezirksleiter Genosse Portune über die Reichskonferenz. Er lehnt die Anschlußbedingungen ab. Anschließend an den Bericht sprachen mit verlässlicher Beobachtung Genosse Schulz für die Annahme der Bedingungen, Genossin Frau Seuder dagegen. In der Diskussion kamen abwechselnd Gegner und Befürworter der Aufnahmebedingungen zum Wort. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Doch die Stimmung der Konferenz ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die überwältigende Mehrheit den Aufnahmebedingungen ablehnend gegenüberstand.

Bezirksleiterkonferenz Niederrhein

In Düsseldorf tagte eine erweiterte Bezirksleiterkonferenz, die in ausführlicher Weise über den Anschluß an die 3. Internationale debattierte. Die Sitzung sprach sich nahezu einstimmig (gegen 1 Stimme) für den Anschluß an die 3. Internationale aus. Es wurde folgende Entscheidung angenommen: Die Sitzung der erweiterten Bezirksleitung und der Kreisleiter der U. S. P. des Bezirkes Niederrhein vom 6. September ist der Auffassung, daß dem Anschluß an die 3. Internationale grundsätzlich nichts mehr im Wege steht, wenn die Autonomie der angeschlossenen Parteien jedes einzelnen Landes gewahrt bleibt.

Ein Reinfall des "Vorwärts"

(Eigene Drahtmeldung des "Freiheit")

In der gestrigen Abendausgabe des "Vorwärts" befindet sich folgende Notiz:

Kampf bei den Bremer Unabgängigen. In der Bremer U. S. P. sind schwere Konflikte ausgebrochen. In der Mitglieder-versammlung ließ man den gefeierten Führer und Reichstagsabgeordneten Hente nicht zu Worte kommen, sondern sagte ihn nieder. Die Versammlung wurde von dem teilnehmenden Mitgliedern selbst für aufgelöst erklärt.

An dieser Meldung, die übrigens fast wörtlich der Bremer bürgerlichen Tagespresse entnommen ist, ist letztes Wort wahr. Genosse Hente hat in der Mitgliederversammlung über eine halbe Stunde lang unter Ruhe der Versammlung gesprochen und die Versammlung wurde nicht von den Teilnehmern, den Mitgliedern selbst aufgelöst, sondern ganz ordnungsgemäß von dem Vorsitzenden unter einstimmiger Zustimmung der Versammlung vertagt, da die Debatte noch nicht zu Ende geführt worden war. Der "Vorwärts" hat sich also von seinem Bremer Freund einen gehörigen Bäsen anbinden lassen.

Großer Streik in Südafrika. In Durban Marquess M ein Streik ausgebrochen, der einen derartigen Umfang angenommen hat, daß die Regierung die Kriegsgesetze proklamierte.

Betriebsräte

Konstituierung der Groß-Berliner Betriebsrätezentrale

Die gestrige Generalversammlung der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin war einberufen zur Entgegennahme des Beschlusses der provisorischen Betriebsrätezentrale zur Vornahme der Wahl der Betriebsrätezentrale. Vor Eröffnung dieser Punkte wurde auf Vorschlag des Verhandlungsleiters, Genossen H. Müller, den Sprechern der einzelnen Fraktionen das Wort zur grundsätzlichen Stellungnahme erteilt.

Für die Fraktion unserer Genossen führte Genosse Däumig aus, daß es falsch sei, die Generalversammlung nur vom oberflächlichen Standpunkte der Organisationsfrage oder vom engen Gesichtskreis des Berufsinteresses aus anzusehen. Der nunmehr von den Betriebsräten einzuschlagende Weg sei mit Hindernissen bedekt.

Bis in die Kriegszeit hinein betrachtete das Proletariat nur die Gewerkschaften als die Vertreter seiner beruflichen und wirtschaftlichen Interessen, beinahe durch die historische Notwendigkeit jener Zeiten. Der Kampf der Gewerkschaften beschränkte sich auf einen Kleinkrieg mit dem Kapital um Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter. In den Gewerkschaften entwickelte sich ein hartes, kapitalistisches System, das sich auf Verhinderung mit dem Kapital und Schaffung von Lastverträgen. Der Weltkrieg veränderte den Massenstillstand der Gewerkschaften mit den Unternehmern in ein enges Bündnis mit diesen und dem Staate. Ein Dokument des Bündnisses der Gewerkschaftsleitungen mit der leitenden Klasse ist das Stillstandsgesetz. Die Arbeiterchaften sollen durch das Stillstandsgesetz wieder lebendig gemacht werden.

Der Referent schloß dann die Einwirkung der politischen Räte bei Ausbruch der Revolution, denen durch den 1. Betriebsrätekongress das Todesurteil gesprochen worden sei. Wenn man die Beschlüsse der damaligen Räte mit den Rechten der heutigen Betriebsräte vergleicht, so habe man ein lehrreiches Beispiel dafür, daß das Proletariat nie mehr Macht habe, als es sich selbst erkämpft.

Als die Regierung gezwungen wurde, die Betriebsräte als wirtschaftlichen Faktor anzuerkennen, konnten die Gewerkschaften der Organisationsform der Räte gleichgültig oder zurückhaltend gegenüber. Es wurde als eine Selbstverständlichkeit betrachtet, daß die Betriebsräte in einer besonderen Organisation erfasst werden müßten. Planmäßig sollte diese Organisation in die Produktion hineinwachsen, um zunächst die Kontrolle der Produktion vorzunehmen, und um die Proletarier für eine Uebernahme der Betriebe zu schulen. Auf diese Organisation schiedte keine Rücksicht.

Aber auch die Gewerkschaftsführer bekamen sich auf einmal darauf, etwas für die Betriebsräteversammlung zu tun, da eine selbständige Betriebsräteorganisation der Gewerkschaftsbürokratie gefährlich werden konnte.

Bei allen Aufgaben, die von den Betriebsräten zu lösen sind, dürfen sie nie dazu beitragen, daß die Proletarier der Unternehmern befehligt wird, vielmehr besteht ihre Aufgabe darin, nach besten Kräften an der Befreiung der menschlichen kapitalistischen Welt mitzuwirken in jeder Kleinarbeit durch scharfe und energische Kontrolltätigkeit. Unter keinen Umständen dürfen die Betriebsräte in den engen Rahmen der Berufsgewerkschaft eingepaßt werden oder zu Gewerkschaftsfunktionären und Agenten der Arbeitsgemeinschaften gemacht werden.

Wollen die Betriebsräte ihre Aufgaben erfüllen, so können sie das nur, wenn sie weit über den Rahmen des Betriebsrätegesetzes hinausgehen unter enger Fühlungnahme mit der Belegschaft der ganzen Industriebranche. In dem Kampfe der Betriebsräte um die Kontrolle der Produktion stellt sich der Kampf um die Schaffung der Industriekontrollkommissionen.

Brandler (KPD) führte aus, daß die Betriebsräte noch nicht das sein, was sie sein sollten. Das Betriebsrätegesetz sei ein Zeichen der Ohnmacht der Arbeiterklasse. Solange die Betriebsräte nur im Rahmen dieses Gesetzes arbeiten würden, bleiben sie ohnmächtig. Gegen die Sabotage der Unternehmern und Landwirte gebe es nur ein Mittel: die Befreiung der jetzigen Eigentumsverhältnisse. Der Kampf gegen die Unternehmernsabotage schlage in einen politischen Kampf um. Wenn sich die Gewerkschaften unterziehen sollten, die Betriebsräte an der Lösung ihrer revolutionären Aufgaben zu hindern, dann komme es zum Kampf. Es sei weiter Aufgabe der Betriebsräte, offen für Rußland Partei zu ergreifen und den Boykott über Polen zu erklären.

Der Bericht der provisorischen Zentrale gab Genosse Reumann. Einleitend wies er darauf hin, daß von der provisorischen Zentrale einige wichtige Fragen nicht erledigt worden seien, da die Vertreter der Gewerkschaftskommission sich auf dem Standpunkt gestellt hatten, daß die Aufgaben der provisorischen Zentrale lediglich darin bestanden hätten, die Betriebsräte zu erfassen und die Generalversammlung einzuberufen. Der Redner schildert dann kurz die Verhandlungen mit der A. und wies darauf hin, daß die Fragen durch die Angelegenheit selbst geregelt würden, ohne Rücksicht darauf, daß einige Gegner der Einigung verschwinden müßten. Die A. sei durch Körper ins Schleppland der S. P. D. Politik gekommen. Selbst die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft mit der A. sei an dem Widerstand einiger Führer gescheitert.

Bezüglich der Teilnahme der provisorischen Zentrale an der Kontrollkommission Berlin-Brandenburg, teilte Genosse Reumann mit, daß der Kommission die nachstehende, einstimmig gefaßte Erklärung überantwortet worden sei:

Die provisorische Zentrale der Betriebsräte hält die restlose Unterbindung aller Transporte von Waffen und Munition für die gegen Sowjetrußland lämpfenden Polen und Ententeuppen für unbedingt geboten. Sie fordert schärfste Maßnahmen der zur Ueberwachung eingesetzten Kontrollkommissionen, deren Maßnahmen von allen Organisationen der Arbeiterchaft gelöst werden müssen. Die bisherige Haltung der Kontrollkommission für Berlin-Brandenburg läßt die erforderliche Schärfe zur Verhinderung der Munitionstransporte vermissen. Sie hat auch nichts unternommen gegen die Maßnahmen der Regierung gegenüber denjenigen Arbeitern, die eine Kontrolle ausüben und für die Unterbindung der Transporte gesorgt haben, wie es jetzt in Erfurt geschehen ist. Ihre Aufgabe wäre es, dafür zu sorgen, daß alle die Kontrolle ausübenden und die Transporte verhandelnden Arbeiter moralisch und materiell geschützt werden. Die provisorische Zentrale der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin beantragt ihren Vertreter in der Kontrollkommission, sein Mandat niederzulegen, wenn von derselben jetzt keine durchgreifenden Maßnahmen getroffen werden.

Trotz der Zentrale sind nunmehr 24 550 Betriebsräte erfasst, die 708 928 Arbeitnehmer vertreten. Wegen der Eingruppierung bestehen noch mit einzelnen Gruppen und Betrieben Differenzen.

Nach dem Bericht des Genossen Reumann gab Genosse Friede ein Bild des Wesens und Wirkens der Räte Schule.

Genosse Bollmerhaus verteidigte die Haltung der Vertreter der Gewerkschaftskommission in der Frage der Beschlüsse der provisorischen Zentrale.

Nachdem Genosse H. Müller bekanntgegeben hatte, daß die Beitragsmarken für die Betriebsrätezentrale sofort abzurechnen sind, wurde zur Wahl der Zentrale geschritten.

In ehrenamtlichen Mitgliedern der Zentrale wurden gewählt für Gruppe 1 Bismund, Arnold, für Gruppe 2 Mühlhagen, Krause, für Gruppe 3 Jünger, Blum, für Gruppe 4 Reich, Schulz, für Gruppe 5 Däumig, für Gruppe 6 Holz, Zieger, Baumgarten, für Gruppe 7 Thielemann, Heyning, Reinschmidt, für Gruppe 8 Kohlmeier, für Gruppe 9 Schmidt, Ruhnau, Gursky, für Gruppe 10 Hapler, Schröder, für Gruppe 11 Dolla, Bischeropp, Peters, Wehmann, Kap, für Gruppe 12 Trapper, Stäbe, Richter, für Gruppe 13 Rahule, Fromm, Sprenger, Wagner, für Gruppe 15 Fleisch.

Zu angebotenen Mitgliedern wurden gewählt: die Genossen Wegmann, Reumann, Hildesheim, Silbermann und von der A. P. D. Gesche.

Als die Generalversammlung beschloß, hatte die Zentrale durch Kopulation zu ergänzen, wurden die Vorschläge der Fraktionen bestätigt. Von unserer Fraktion kopulieren die Genossen H. Müller, Eckert und Maljahn, von der A. P. D. Brandler.

Die Versammlung beschloß weiter, daß die Räte Schule von der Zentrale übernommen werden solle.

Nach kurzer Begründung von Gesche, wurde die in der Morgenausgabe veröffentlichte Resolution über die Polonia-Frage und dem Boykott Polen einstimmig beschlossen, nachdem Genosse Bollmerhaus vor Annahme des letzten Absatzes der Entscheidung gewarnt hatte.



Hühneraugen
Mornhaut, Schwielen u. Warzen
bealigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kuhrol 100000fach bewährt
Preis M. 3.-, in Apotheken u. Drogerien erhältlich
Vorsicht vor Nachahmungen. Kuhrol steht einzig da.

